

Schluss mit Wohnungs-Privatisierung im Waldekiez



Berlin ist pleite – Mieter sollen zahlen?

Durch den Bankenskandal und das hemmungslose Spekulieren, abgesichert durch Steuergelder, herrscht in den Kassen gähnende Leere. Doch anstatt die Zahlungen an die Bankgesellschaft einzustellen und teure Prestigeprojekte, wie den Lehrter Stadtbahnhof oder den Potsdamer Platz, aufzugeben, zahlt der Senat hohe Abfindungen an Leute wie Landowski. SPD und Grüne bundesweit und der SPD-PDS-Senat in Berlin betreiben die gleiche Politik für Banken und Konzerne. Millionäre werden reich beschenkt.

Dafür wird dann versucht, das Geld bei Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentnern zu holen. Ob durch den im März beschlossenen Doppelhaushalt, durch Studiengebühren oder die geplante Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst – wir sollen für ihre Krise die Zeche zahlen.

Beispiel Bundesregierung: Dank der SPD-Grünen-Steuerreformen werden Einkommensmillionäre 106.000 Euro mehr im Jahr haben. Kranke zahlen 10 Euro beim Arzt und Arbeitslose erhalten nur noch Sozialhilfe.

Beispiel Berlin: Der Senat wird der Berliner Bankgesellschaft jährlich 300 Millionen Mark zur Abschirmung von "Immobilienfondsrissen" bereitstellen. Dafür wird Berlin verramscht.

Privatisierungen, also die Verscherbelung öffentlichen Eigentums an private Investoren, soll die Lösung bringen. An Beispielen wie der BVG, den Wasserbetrieben oder den Vivantes-Krankenhäusern wird deutlich, dass das für die Verbraucher oder Kunden vor allem eins bedeutet: nämlich steigende Preise und mangelnder Service.

Nach Verkehr, Wasser, Bildung und Gesundheit sind nun unsere Wohnungen bedroht.

Berlins Wohnungsgesellschaften sind hoch verschuldet. Deshalb werden schon seit Jahren Häuser aus dem Besitz der WBM (Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH) verkauft. Zunächst wurden diese Wohnungen in Mitte, Friedrichshain und Kreuzberg in die

IHZ (Internationales Handelszentrum GmbH) überführt. Diese hat nur die Aufgabe, so schnell wie möglich Käufer für die Häuser zu finden. Deshalb werden auch nicht nur nacheinander ganze Häuserblocks verscheuert, sondern Haus für Haus, je nachdem, wofür sich ein Käufer meldet.

Akut ist die Situation jetzt in Kreuzberg. Rund um die Waldemarstraße (Nähe Kottbusser Tor) hat es die IHZ geschafft, Häuser der BeWoGe (einer Tochter der WBM) zu verkaufen. Die Mieter bekamen daraufhin ein Schreiben, in welchem ihnen angekündigt wurde, sie hätten 2 Wochen Zeit (!), um mitzuteilen, ob sie ihr Haus selbst kaufen möchten um so Schlimmeres zu verhindern.

Aber welcher normale Mieter kann schon soviel Geld aufbringen - in so kurzer Zeit?!

Wenn die Häuser verkauft sind, werden sie meist modernisiert, egal ob es notwendige Instandsetzungen oder Luxussanierungen sind. Dadurch steigt die Miete.

Oftmals werden die Wohnungen aber auch als Eigentumswohnungen verkauft. Es gibt ein Gesetz, welches dem neuen Eigentümer verbietet, eine Wohnung vor Ablauf einer bestimm-

ten Frist zu verkaufen. Diese Frist beträgt 3 Jahre. Der Berliner „rot-rote“ Senat könnte noch bis zum 31. August 2004 diese Frist auf 10 Jahre erhöhen. Freiwillig wird er dies allerdings kaum tun. Was richtig Geld bringt ist nämlich gerade der Verkauf von Eigentumswohnungen – und wenn der neue Besitzer des Hauses 10 Jahre auf seinen Profit warten muss, überlegt er es sich vielleicht noch einmal.

Letztendlich bedeuten mehr teure Wohnungen, dass der gesamte Mietspiegel im Kiez steigt. Im Stadtzentrum zu wohnen wird zum Luxus, den sich viele Menschen nicht mehr leisten können. Die Kiezstruktur würde zerstört.

Um gegen diese Schweinereien vorzugehen, hat sich vor einem halben Jahr die „Betroffenen-gemeinschaft Waldekiez“ gebildet, welche seitdem Aufklärungsarbeit und Aktionen gegen die drohende Verramschung ihrer Wohnungen organisiert.

Von ihnen ist zum Beispiel zu erfahren, wie skrupellose Vermieter und Hausmeister versucht haben, durch rassistische Beschimpfung und Einschüchterungen Leute zum Ausziehen zu zwingen – weil sich leerstehende Wohnungen

Achtung: Privatisierung!

Privatisierung ist in allen Bereichen etwas, was uns schadet und nur den Profiten der Reichen nützt.

- **Privatisierung ist Rosinenpickerei:** Die rentablen Bereiche werden herausgebrochen und sollen privaten Investoren Profite bringen, der unrentable "Rest" bleibt in öffentlicher Hand. "Trendy" Stadtteile werden luxussaniert, Ghettos entstehen.
- **Privatisierung ist teuer:** Alles was nach einer Privatisierung geschieht, muss Profite abwerfen. Das heißt, zusätzlich zu den eigentlichen Aufgaben muss der Profit finanziert werden. Bei Wohnungen bedeutet das steigende Mieten.
- **Privatisierung bedeutet schlechtere Arbeitsbedingungen:** Für den Profit werden Löhne gesenkt, Arbeitsplätze vernichtet. Das heißt schlechtere Betreuung für Mieter, Arbeitslosigkeit oder Hungelöhne für Hausmeister und Reinigungskräfte.
- **Privatisierung zerstört Demokratie:** Über gesellschaftlich notwendige Einrichtungen entscheidet der Profit. Günstige Wohnungen für Familien gibt es dann zum Beispiel nicht mehr.

viel besser verkaufen lassen.

Die SAV – Sozialistische Alternative erklärt sich solidarisch mit allen Mietern, die von Wohnungsprivatisierungen betroffen sind. Wir arbeiten in Kreuzberg mit der Initiative „Waldekiez“ zusammen und wollen den Kampf darum führen, dass kein weiteres Haus privatisiert wird.

„Waldekiez“ hat schon eine Reihe von aufsehenerregenden Aktionen in Kreuzberg gestartet. Den Protest in die Öffentlichkeit zu tragen ist der richtige erste Schritt. Jetzt muss sich der Widerstand verbreitern. In jedem Stadtteil sollten sich ähnliche Mieterinitiativen bilden, die informieren und aktiv den Protest organisieren. Große Mieterversammlungen müssen durchgeführt werden, damit man gemeinsam und in großer Zahl auf die Angriffe reagieren kann. Gemeinsam sind wir stark – organisiert sind wir stärker!

Der Privatisierungskurs des Senats geht zu Lasten von Mietern, Beschäftigten und Nutzern zum Beispiel von BVG, Vivantes / Krankenhäusern. Auch die 850 Beschäftigten der WBM-Gruppe (IHZ, BeWoGe usw.) sind von der schleichenden Privatisierung betroffen. Deshalb ist auch gemeinsamer Widerstand nötig.

Kein Vertrauen in die etablierten Parteien oder den Berliner Senat, keine Politik für die Banken und Konzerne. Menschen statt Profite. Wir zahlen eure Krise nicht!

Infos über die Privatisierungen der Wohnungen im Waldekiez und den Widerstand dagegen gibt es auch von der Initiative „Waldekiez“:

www.waldekiez.org

Mietertreffen: jeden Montag 19:30 Uhr

Kotti e. V. Adalbertstr. 95A

Telefon 695 31 243 (AB)

eMail: info@waldekiez.org



Aktion am Karfreitag von „Waldekiez“

SAV-Stadtteilgruppe Kreuzberg

Treffen: jeden Mittwoch 19:00 Uhr, „Eiertanz“ Admiralstr. 17 (U-Bhf Kottbusser Tor)

weitere Infos: SAV Berlin, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Telefon: 030 / 44 08 429

e-mail: berlin@sav-online.de

Die SAV fordert die vollständige Aufklärung über sämtliche Privatisierungspläne durch Senat und IHZ! Wir lehnen es ab, dass auf Kosten der Mieter die Berliner Wohnungsgesellschaften saniert werden.

- ⇒ Stopp aller Wohnungsprivatisierungen im Waldekiez.
- ⇒ Offenlegung sämtlicher Privatisierungspläne.
- ⇒ Rückgabe aller Wohnungen in der IHZ an die BeWoGe.
- ⇒ Demokratisierung der Wohnungsgesellschaften.
- ⇒ Kontrolle durch Mieter und Allgemeinheit (Angestellte der Wohnungsgesellschaften, Mietervereine, Gewerkschaften, Sozialbündnisse und so weiter).

Sozialismustage 2004



Menschen statt Profite

Berlin 28. - 30. Mai

**Jugendkulturzentrum Pumpe
Lützowstraße 42
(U1, U2, U4 Nollendorfplatz)**

„Menschen statt Profite – gegen Kahl-schlag, Krise und Kapitalismus“ lautet das Motto der diesjährigen Sozialismustage. Diese finden vom 28. bis zum 30. Mai in Berlin statt. Hunderte TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland und Gäste aus Frankreich, Österreich, Südafrika und England/ Wales werden ein ganzes Wochenende lang zusammenkommen, um auf verschiedenen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Arbeitskreisen über Themen wie Globalisierung, Krieg, Frauenunterdrückung und Rassismus zu diskutieren und darüber, wie ein sozialistischer Ausweg aus der Misere aussehen kann, wie Planwirtschaft funktioniert und ob der Mensch überhaupt

in der Lage zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft.

Im Mittelpunkt vieler Veranstaltungen wird auch die Frage stehen, wie es für die neue soziale Bewegung gegen den Sozialabbau von SPD und Grünen weitergehen soll. Neben VertreterInnen verschiedener Strömungen der Bewegung werden auch Gäste aus anderen Ländern von ihren Erfahrungen und den dort stattfindenden Kämpfen gegen die Angriffe auf ArbeiterInnen, Erwerbslose, Jugendliche, RenterInnen und so weiter berichten.

**Infos und Kartenvorbestellung unter:
www.sozialismustage.de oder 030 / 247 238 02.**

Stadtteilgruppe Berlin Kreuzberg

Infos, Kontakt & ViSDp: Martin Schneider, Liebenwalderstr. 5, 13347 Berlin, 030 / 247 238 02, berlin@sav-online.de

SAV Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info